

Schleimspur oder klare Kante

Diplomatie Die USA drohen Europa und halten Russland für keine ernsthafte Bedrohung: Deutschlands außenpolitisch Modell geht in die Brüche. Findet Friedrich Merz eine Antwort?

von Johannes Varwick

It ist die Grönland-Krise vorbei? Wir wissen es nicht. Bekannt ist, dass Donald Trump wochenlang öffentlich verhaftete, Grönland müsste aus Gründen der nationalen Sicherheit rasch der USA übergeben werden. Als er dies als geradezu kompromisslose Forderung erhob, nahm das viele Europa als Warnung und warnte vor dem bergenden Treppen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Einem Partner USA, dem das Völkerrecht egal ist und der selbst die territoriale Integrität eines Bündnispartners offen infrage stellt, könne man nicht länger seine Sicherheit anvertrauen. Die Europäer heißt es in einer Studie der regierungnahen Stiftung für Sicherheit und Frieden, könnten sich nicht mehr auf die Allianz mit den USA verlassen. Die hätten sich vom wohlhabenden Hegemon zum unbeherrschbaren Alliierten und sogar zum Gegenpol bei der Wahrung demokratischer Werte entwickelt.

Der transatlantische Knall

Das hat weit über Grönland hinaus Konsequenzen. Transatlantische Gloubusketten könnten sich im Luft auflösen, europäische Sicherheit müsste nicht nur ohne die USA organisiert werden, sondern womöglich gegen sie. Die Amerikaner könnten kaum noch Partner in politischen und ökonomischen Fragen sein – eine tatsächliche europäische Einigung wäre statt dessen das Ergebnis der Stunde.

Angesichts des deutschen Widerstands aus wichtiger europäischer Staaten wie auch des aufziehenden Unmuts im US-Kongress sagte Trump beim Weltwirtschaftsforum in Davos, er wolle sofortige Verhandlungen, um den Erwerb Grönlands durch die USA zu erreichen. Dabei werde er zwar – anders als sein Vorgänger – keine Waffen anwenden. Aber um Grönland mitsamt seinem immensen Wert für die Sicherheit einer US-gefährdeten westlichen Hemisphäre zu schützen, müsse es eben US-Eigentum sein. Ein Mietvertrag reiche dafür nicht.

Der Kontext der Davos-Rede war unmissverständlich. Die USA garantieren, als NATO-Mitgliedrchaft die Sicherheit aller, also sie hätten darüber hinaus keinem einzigen zurückkehren und seien von den Europäern notorisch ausgenutzt worden. Verlassen könne man sich auf die USA mithin nicht mehr. Mit dem Besitz Grönlands lasse sich unter den Umständen anderer Dänemark könne dazu ja sagen, und die USA würden „sehr dankbar sein“, oder Dänemark: „Nein sagen, und wir werden uns entnehmen.“

Inzwischen steht dank einer hektischen Krisendiplomatie, an der besonders NATOGesamtskretär Mark Rutte beteiligt war, die Aussicht, dass der bilaterale Grönland-Vertrag zwischen den USA und Dänemark von 1951 neu verhandelt wird. Auch soll sich die USA nicht mehr auf Grönland beziehen. Was künftige Verhandlungen ergeben, ist völlig offen. Die Absicht wirkt wie ein gesichtswahrener Ausweg, der den imperialen Zielen Trumps entgegenkommt und den globalen transatlantischen Knall verhindert. Neben dem bestehenden US-Stützpunkt Pitsburgh Space Base im Nordwesten Grönlands und den weiteren norwegischen Liegenschaften der Amerikaner auf der Insel errichtet werden, um die US-Kontrolle über das beanspruchte Gebiet zu sichern. Ähnlich, wie es beim US-Stützpunkt Guantanamo auf Kuba der Fall ist, der nur im beiderseitigen Einvernehmen gekündigt werden kann (und deshalb seit Jahrzehnten besteht). Ein Muster wären auch die beiden britischen Luftwaffenbasen auf Zypern, die Teil des britischen Staatsgebiets

sind. Würde das für Grönland gelten, wäre dessen Sozialstaatlichkeit der Erfolg aus. Schließlich könnten die ausgebauten Stützpunkte formal in die ausschließliche Kontrolle der US-Regierung übergehen und faktisch exterritoriales Gelände sein. Einst waren auf Grönland rund 6.000 US-Soldaten stationiert, heute sind es lediglich 150. Was sich als Perspektive abzeichnet, liefe auf eine weitgehende Militarisierung der Arctic über. Ein Abschlussvertrag der Allianz ist mit der Errichtung eines Raketenabwehrsystems für das geplante Projekt „Golden Dome“ ein. Das soll die USA unangreifbar und damit unverwundbar machen. Kame es dazu, wäre eine globale militärische Dominanz garantiert. Zieht man derartige Optionen in Betracht, drängt sich die Frage auf: Ist der Erfolg aus, was bislang ein unbeschriebenes Widerland seit dem EU-Sondertreffen vom 22. Januar für sich reklamieren? Hat sich wirklich gezeigt, dass Trump bis zu diesem besagten Schleimspur von Berlin bis Brüssel besiegelt, sondern dass ihm mit klarer europäischer Kante und roten Linien begegnet werden konnte? Hat er beim Griff nach Grönland eine eher die Methode, weniger die Ziel angesprochen?

Sowohl in der Nationalen Sicherheitsstrategie vom Dezember 2025 als auch in der vor wenigen Tagen veröffentlichten National Defense Strategy (NDS) wird deutlich, dass sich die USA nicht mehr schwerpunktmäßig für und in Europa engagieren, sondern auf den Indopazifischen Raum ausgeweitet. „Die USA müssen sich auf verstärkt sein wollen. In diesem Sinne ist Grönland für die USA eindeutig wichtiger als die Ukraine. Mit Blick auf Russland heißt es in der NDS beispielhaft, dass es sich auf absehbare Zeit „um eine anhaltende, aber beherrschbare Bedrohung für die östlichen Mitglieder der NATO“ handeln würde.“

Grönland ist für die USA momentan deutlich wichtiger als die Ukraine

Trotz aller anderslautenden Verlautbarungen aus den europäischen Hauptstädten und medialen Einigungen tellen diese Sicht innerhalb der NATO offenkundig mehr Staaten als angenommen. Denn wäre Russland tatsächlich eine über die Ukraine hinausgehende Macht in Europa, wäre man auf die US-Verteidigung, statt auf die Dänen, angewiesen, allein um die USA an Bord zu halten. Dass Deutschland, Frankreich, Großbritannien und andere das nicht geben, sondern immerhin ihr Unbehagen gegen eine vollständige Einverleibung durch die USA artikuliert haben, ist auch ein Indiz für die Haltlosigkeit gängiger Bedrohungssperren in Europa. Ein gemeinsamer politischer Willen ist verrotteter. Verhältnisse zu den USA unterstreicht das Erfordernis einer außenpolitischen Generalinterventur, die Deutschland nicht erspart bleiben sollte. Dabei wird eine Reihe etablierter Glaubenssätze hinterfragt werden müssen. Das ist für die Bundesrepublik besonders fordend, weil sie wie kaum ein anderer Staat auf ein stabiles internationales Umfeld angewiesen ist, nicht zuletzt aus außenwirtschaftlichen

Gründen. Das bisherige Geschäftsmodell ist dabei, in die Brüche zu gehen, noch ist die Brüche zu gehen, noch ist die Brüche zu gehen.

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) sprach in Davos davon, dass sich die alte Ordnung der Welt „in atemberaubendem Tempo auflöst“, unterließ es aber, eine angemessene Vision deutscher Interessen und Handlungsmöglichkeiten zu liefern, die über die üblichen Floskeln hinausgingen: „Europa muss sich auf eine neue Art der transatlantischen Partnerschaft nicht vorzeitig abschreiben. Nur geht das vom Problem vorbei. Schließlich war es stets die Position der USA, eine neue Lastenteilung mit Europa zu erzwingen, dabei aber die Kontrolle in Europa zu erhalten.“

Friedenstüchtig werden

Ein Lackmustest wird mittin sein, wie Merz Deutschland bei einer jetzt unabwendbar gewordenen europäischen Selbstbestimmung positioniert. Ist zu erwarten, dass er grundsätzlich weiter auf Gefolgschaft zu den USA setzt, weil man die allein wegen der Ukraine braucht? Oder sind es die USA, die die Friedenstüchtigkeit fordern, die zu eigenen Vorstellungen in der internationalen Politik führen, um sie mit gleichgesinnten Partnern durchzusetzen? Nur wenn Frankreich und Großbritannien sind innenpolitisch so labil, um sich anzubieten. Polen gilt die Partnerschaft mit den USA seit mehr als drei Jahrzehnten als unentbehrliche Sicherheitsgarantie.

Deutsche Politiker und Beamte verweilen in der Bundesrepublik seit jeher durch den Zweikrieg bestimmt, was außenpolitisch machbar und innenpolitisch mehrfachfähig ist. Beide Parameter haben sich massiv verändert. Außenpolitisch ist die Lage in geradezu disruptiver Weise „komplex“ geworden, innenpolitisch wird eindimensional gedacht und die Gesellschaft auf „Friedenstüchtigkeit“ verzerrt.

Einen deutschen Kanzler, der dies befürchtet, sei es nun innerhalb oder außerhalb der NATO, braucht die Welt nicht. Es fehlt Friedrich Merz an alternativem Denken wie rhetorischem Geschick, um einen Kurswechsel ohne Gesichtsverlust zu übernehmen und die eigene Partei, mitzunehmen. Schon der Untergang, dass sich Deutschland missachtete, schadet einer vorsessiven Aufführung zu betreiben, mindet in irreversible Entwicklungen, an denen Generationen zu tragen haben.

Wahre Sicherheit gäbe es erst, würde endlich wieder über politische Konzepte diskutiert, die auf den Abbau von Spannungen und den Aufbau von Vertrauen, auch mit geografisch fernen Russland, zielen. Es braucht im Prinzip eine neue Sicherheit, das für die politische Klasse zu viel des Guten zu sein. Gemeint sind Interessenäugleich, Diplomatie, vertrauensbildende Maßnahmen und Rüstungskontrolle. Wer in der deutschen Politik sagt dies, darüber auch nur zu reden, gesagt wenig, es zu wollen und zu tun ist alles andere als vernünftig. Der Wille zu mehr Friedensstüchtigkeit die Gemüter bewegt, um sich einer klar neointernal definierten Weltordnung der Großmächte zu entziehen? Vom „Außenkanzler“ Merz, der im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts verharrt, ist hier wenig zu erwarten.

Zu guter Letzt ist es, den politischen Westen – notfalls ohne die USA – fortzusetzen und sich einer marxistischen EU zu verschreiben, was ist damit erreicht? Um den Verlust der alten Monster zu kompensieren, sucht man nach neuen. Doch es sind die alten.

Johannes Varwick ist Politikprofessor an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. In Kürze erscheint sein neues Buch *Stark für den Frieden*